



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz



Ilse Aigner

Bundesministerin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Dienstsitz Berlin - 11055 Berlin

alle Empfänger per E-Mail

Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Ronald Pofalla
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Herrn Dr. Philipp Rösler
11019 Berlin

Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Guido Westerwelle
11013 Berlin

Bundesminister des Innern
Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich
11014 Berlin

Bundesministerin der Justiz
Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
11015 Berlin

Bundesminister der Finanzen
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
11016 Berlin

Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Frau Dr. Ursula von der Leyen
11017 Berlin

Bundesminister der Verteidigung
Herrn Dr. Thomas de Maizière
11055 Berlin

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Frau Dr. Kristina Schröder
11018 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 4543

FAX +49 (0)30 18 529 - 4262

E-MAIL 212@bmelv.bund.de

INTERNET www.bmelv.de

AZ 212-26403/0015

DATUM

Bundesminister für Gesundheit
Herrn Daniel Bahr
11055 Berlin

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Herrn Dr. Peter Ramsauer
11030 Berlin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Dr. Norbert Röttgen
11055 Berlin

Bundesministerin für Bildung und Forschung
Frau Professor Dr. Annette Schavan
11055 Berlin

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Herrn Dirk Niebel
11055 Berlin

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sicher ist Ihnen nicht entgangen, dass das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) alle Stellen im Bereich seiner Zuständigkeit aufgefordert hat, den „Gefällt mir“-Button von Facebook nicht mehr in der bisher üblichen Weise zu verwenden und Facebook-„Fanpages“ konsequent abzuschalten, da deren Verwendung gegen deutsches und europäisches Datenschutz- und Telemedienrecht verstoße. Mittlerweile haben sich die Datenschutzbehörden in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern der Rechtsauffassung und den Forderungen des ULD angeschlossen – einige Behörden haben die kritischen Elemente bereits von ihren Internetseiten entfernt. Das BMELV hat die Bewertung des ULD eingehend geprüft und schließt sich der Rechtsauffassung an (Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Anlage zu diesem Schreiben).

In zahlreichen Initiativen und Projekten fördern Ressorts der Bundesregierung die Internet- und Medienkompetenz der Bürger. Im Koalitionsvertrag wird zurecht die große gesellschaftliche Bedeutung der Internet- und Medienpolitik betont. Immer wieder fordern wir die Nutzerinnen und Nutzer auf, vorsichtig mit ihren persönlichen Daten umzugehen. Erfolgt jedoch eine Datenerhebung oder -nutzung ohne Wissen der Nutzer, haben diese keine Möglichkeit, sich wirksam zu schützen.

Ich bin der Meinung, dass sowohl Regierungsressorts als auch Parlamentarier mit gutem Beispiel vorangehen und dem Schutz persönlicher Daten einen hohen Stellenwert einräumen sollten. Dazu gehört, fragwürdige und datenschutzkritische Elemente wie den „Gefällt mir“-Button auf offiziellen Seiten nicht zu verwenden, solange keine datenschutzkonforme Alternativmöglichkeit besteht. Besonders Bundesministerien sehe ich hier in der Verantwortung. Angesichts der vorliegenden Erkenntnisse ist größte Zurückhaltung und Umsicht geboten. Nach eingehender rechtlicher Prüfung halte ich es für unabdingbar sicherzustellen, dass der Facebook-Button auf regierungsamtlichen Internetseiten in unserer jeweiligen Verantwortung nicht verwendet wird. Angesichts begründeter rechtlicher Zweifel, ob eine Facebook-„Fanpage“ datenschutzkonform betrieben werden kann, rege ich darüber hinaus auch an, auf „Fanpages“ für Ministerien zu verzichten. Ob ein Abgeordneter eine „Fanpage“ unterhält, ist seine persönliche Entscheidung. Die Grundproblematik ist allerdings dieselbe.

Facebook ist mit mehr als 750 Millionen Nutzern das größte Soziale Netzwerk weltweit und bietet Behörden, Verbänden und Unternehmen völlig neue Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion. Ich sehe diese Potenziale, muss als Verbraucherministerin aber darauf hinweisen, dass gerade amtliche Stellen in besonderer Verantwortung stehen, persönliche Daten der Nutzer umfassend zu schützen. Ich bin mit meiner persönlichen Seite bereits vor über einem Jahr bei Facebook ausgetreten. Konsequenterweise unterhält mein Ministerium weder eine „Fanpage“ noch verwendet es den „Gefällt mir“-Button.

Die Marktmacht von Facebook und die große Zahl an Menschen, die wir über dieses Medium erreichen können, sollte uns nicht davon abhalten, auch gegenüber Facebook darauf zu drängen, seine Angebote so zu gestalten, dass sie den Anforderungen des deutschen Datenschutzrechts genügen. Mein Haus steht in engem Kontakt mit Facebook und hat zuletzt Ende Juni auf Arbeitsebene ein Gespräch mit dem Unternehmen geführt und nachdrücklich auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften hingewiesen. Ich selbst werde am 19./20. September 2011 nach Washington reisen und dort auch mit Spitzenvertretern von Facebook zusammentreffen, um über eine Verbesserung der Datenschutzeinstellungen zu sprechen. Durch die öffentliche Diskussion insbesondere in Deutschland hat das Unternehmen bereits Verbesserungen im Sinne der Verbraucher auf den Weg gebracht. Ich halte diese aber bei weitem nicht für ausreichend, gerade mit Blick auf den Schutz persönlicher Daten von Kindern und Jugendlichen.

Ich würde mich freuen, wenn unser gemeinsames Vorgehen dazu führen würde, dass Behörden und Unternehmen ein klares Zeichen setzen, dass sich auch Facebook an deutsches und europäisches Recht zu halten hat.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading "Ilse Rigue". The signature is written in a cursive style with a large initial "I" and a long, sweeping underline.